

## ANLAGE 10

### Stellungnahmen der Öffentlichkeit zur Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB

Anmerkung: Die Namen und Adressen der Bürger sind in dieser Auswertung anonymisiert. Die Namen und Adressen der Bürger sowie das Datum der Stellungnahme sind in einer gesonderten Namensliste zusammengestellt.

Nr.	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
1.	<p>Bürger 1 bis 4 haben folgende sinngemäß gleiche Stellungnahmen vom 14.05.2011 / 21.05.2011 / 24.05.2011 abgegeben:                      Als direkt betroffene Anlieger der o. g. Bauvorhaben, bewohnen wir im [REDACTED] eine Doppelhaushälfte [REDACTED] und besitzen eine anliegende Garage [REDACTED]. Aufgrund der unsicheren Bodenformation melden wir dahingehend Bedenken an, dass bei den Bauarbeiten durch Erschütterungen und/oder Bodensenkungen unsere o. g. Gebäude Schaden nehmen können. Hiermit beantragen wir fristgerecht ein Bestandssicherungsverfahren für unsere o. g. Gebäude. Wir bitten Sie den Eingang dieses Antrags schriftlich zu bestätigen und gegebenenfalls eine Bestandsaufnahme durchzuführen.</p>	<p><b>Wird berücksichtigt</b>                      Im Textteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplans wird ein Hinweis zur Durchführung von Beweissicherungsverfahren bei allen angrenzenden Nachbargebäuden sowie eine Empfehlung zur Durchführung von objektbezogenen Baugrunduntersuchungen ergänzt. Im Durchführungsvertrag werden die durchzuführenden Beweissicherungsverfahren für die einzelnen Gebäude zusätzlich verbindlich vereinbart.</p>